

Belastung durch Zinsen steigt stark

Verschärfte Finanzlage auch in Bad Salzdetfurth

Von Thomas Wedig

Bad Salzdetfurth. Alle Städte und Gemeinden im Landkreis Hildesheim haben mit einer angespannten Finanzsituation zu kämpfen – da ist auch die Stadt Bad Salzdetfurth keine Ausnahme. Sie rechnet damit, dass sie im Haushaltsjahr 2026 rund 3 Millionen Euro ihrer laufenden Ausgaben nicht durch Einnahmen decken kann – so hoch ist der im Etat-Entwurf prognostizierte Fehlbetrag. Vor einigen Tagen hatte er sogar noch bei rund 3,8 Millionen Euro gelegen. Dann erhielt die Stadt vom Land Niedersachsen die frohe Botschaft, dass sie mehr Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs einplanen kann. Doch auch die reichen längst nicht, um den Haushalt auszugleichen – und die Rücklagen aus Überschüssen vergangener Jahre sind aufgebraucht.

Mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben machen die Zahlungen an den Landkreis Hildesheim aus, die sogenannte Kreisumlage, die sich auf 8,5 Millionen Euro beläuft. Der zweitgrößte Brocken sind die Personalkosten in Höhe von knapp 7 Millionen Euro. Dabei ist eine Tarifsteigerung von 2,8 Prozent zum 1. Mai 2026 bereits eingerechnet.

Deutlich stärker als in den vergangenen Jahren wird die Kredit- und damit die Zinsbelastung ins Gewicht fallen. Um Investitionen in Schulen, Feuerwehrhäuser, Straßen oder zum Beispiel in die Erschließung des Baugebietes Heidkamp zu finanzieren, plant die Stadt mit neuen Krediten in Höhe von bis zu 6,3 Millionen Euro. Der Neubau der Grundschule Groß Düngen schlägt im kommenden Haushalt Jahr noch einmal mit weiteren 3 Millionen Euro zu Buche. Werden die veranschlagten Kredite tatsächlich in vollem Umfang in Anspruch genommen, bedeutet das ungefähr eine Vervierfachung der Zinszahlungen von 2024 bis 2026 auf dann rund 1,4 Millionen Euro jährlich.

Immerhin musste die Stadt Bad Salzdetfurth seit 2016 keine Liquiditätskredite mehr aufnehmen, um Zahlungsengpässe im laufenden Geschäft zu überbrücken. Die Verwaltung gibt aber im Vorbericht zum Haushaltsentwurf zu bedenken, dass ein weiteres „Abschmelzen der Liquidität“ absehbar sei. Der Haushalt wird im Rat voraussichtlich am 9. Dezember beschlossen.